

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Karl-W. Koch (KV Vulkaneifel)
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

1 **Grüne Regierungsbeteiligung NUR bei erkennbar "Grüner Handschrift" im**
2 **Koalitionsvertrag: Zehn-Punkte-Plan für grünes Regieren**

3 Wir leben in Zeiten großer Änderungen und Verwerfungen – auch und gerade in der weltweiten
4 Politik. Bedroht ist vor allem die Fortentwicklung eines gemeinsamen Europas, welche uns
5 immerhin die längste Friedenszeit der letzten Jahrhunderte gebracht hat. Aber wir treten für
6 die Zukunft des vereinten Europas ein und wollen diese mit entwickeln und mit gestalten.

7 Die Große Koalition produziert Armut, wir wollen sie beenden. Der einfachste Weg der
8 Umsetzung ist eine Regierungsbeteiligung, die wir anstreben – allerdings nicht um jeden
9 Preis. Unsere Ziele müssen in einer möglichen Koalition in einer deutlich erkennbaren
10 Größenordnung umsetzbar sein. Eine Regierungsbeteiligung um der Regierungsbeteiligung
11 willen

12 – ohne unsere eigenen Ziele mehrheitlich umsetzen zu können – wird es mit uns nicht geben!
13 Werden uns in einer Regierungsbeteiligung zu viele Zugeständnisse abverlangt, werden unsere
14 Stimmen nicht zu haben sein. Dann bleibt uns die Opposition, in der wir ebenfalls für unsere
15 Vorstellungen kämpfen werden. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass auch auf diesem Weg
16 manches erreichbar ist.

17 Die nachfolgend aufgeführten Punkte haben dabei für uns Priorität, sie stellen aber nur
18 einen Auszug aus dem Programm dar.

19 **1. Klima schützen, Menschen retten, Lebensraum erhalten**

20 Das Klima zu schützen, ist – gerade NACH dem Ausstieg der USA – eine Menschheitsaufgabe.
21 Alle aktuellen Erkenntnisse zeigen, dass der Klimawandel bereits in den nächsten Jahrzehnten
22 für Millionen von Menschen die Lebensgrundlage vernichten wird.

23 Wir wollen, dass Deutschland seine Klimaschutzziele einhält – ohne Wenn und Aber. Spätestens
24 im Jahr 2040 wollen wir nur noch saubere Energie in Deutschland haben. Wir beschleunigen die
25 Energiewende, schaffen die Deckelung für den Ausbau der Erneuerbaren Energien ab, achten
26 dabei auf einen fairen Übergang und nehmen die Menschen, deren Arbeitsplätze betroffen sein
27 werden, mit. Wir führen einen wirksamen nationalen Mindestpreis für CO₂ und andere
28 klimaschädliche Gase ein. Die 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke schalten wir sofort ab, damit
29 Deutschland das Klimaschutzziel 2020 noch erreichen kann. Bis 2025 wollen wir ganz aus der
30 klimafeindlichen Kohlekraft aussteigen.

31 **2. Frieden sichern, Fluchtursachen bekämpfen**

32 Deutschland ist international ein verlässlicher Bündnispartner. Wir werden jedoch keiner
33 Regierungsvereinbarung zustimmen, die – wie jetzt erneut von Trump gefordert – den
34 Verteidigungsetat auf 2% der Wirtschaftsleistung (oder auch nur in dieser Größenordnung) und
35 damit um 30 Milliarden Euro erhöht. Dieses Geld ist in der Bekämpfung der Fluchtursachen in
36 den Herkunftsländern, für Klimaschutz, Schaffung von Arbeitsplätzen, Stärkung der
37 Landwirtschaft, friedensfördernde Maßnahmen, Bekämpfung von Krankheiten und
38 Kindersterblichkeit und vieles mehr um Zehnerpotenzen wirkungsvoller angelegt.

38 Auch tragen wir seit langen Jahrzehnten mit Rüstungsexporten an Diktaturen und
39 Krisenregionen zur Unsicherheit in der Welt bei. Deshalb beenden wir solche Exporte mit
40 einem verbindlichen Rüstungsexportgesetz. Wir wollen nicht auf Kosten der Menschen in
41 anderen Ländern Profite machen und Konflikte dort anheizen.

42 Wir stärken mit fairen Handelsabkommen ökologische und soziale Standards weltweit. Wir
43 wollen die Überfischung vor den Küsten Afrikas und andernorts beenden, unter Schutz der
44 kleinen Familienbetriebe. Wir werden solche Agrarsubventionen streichen, die andernorts
45 Landflucht und Hunger befördern. Der Kampf gegen die Klimaerhitzung ist auch ein Kampf
46 gegen
47 Fluchtursachen. Die beste Flüchtlingspolitik ist diejenige, die Menschen davor bewahrt, ihre
48 Heimat verlassen zu müssen.

48 **3. Europa zusammenführen**

49 Wir müssen das vereinte Europa stärken. Mit uns wird es eine klare Kurskorrektur in der
50 deutschen Europapolitik geben, weg von der einseitigen Sparpolitik, hin zu mehr Solidarität
51 mit den Menschen in den finanziell schwachen Ländern. Wir werden massiv in die ökologische
52 Modernisierung und in die digitale Zukunft investieren und damit auch zur Bekämpfung der
53 Arbeitslosigkeit in anderen Ländern beitragen. Zudem müssen wir dringend die Transparenz der
54 europäischen Politik und der daraus entstehenden Entscheidungen für Bürgerinnen und Bürger
55 schaffen und den Parlamenten mehr Mitsprachemöglichkeiten in der Europapolitik sichern, um
56 der Enttäuschung weiter Teile der Bevölkerung in Europa entgegen zu wirken. Wir fordern
57 Investitionen in die soziale und ökologische Infrastruktur, z. B. zum Abbau der dramatischen
58 Jugendarbeitslosigkeit. Überlebenswichtig für Europa ist die Zusammenarbeit mit Frankreich,
59 weshalb wir die Reformvorschläge für Europa von Emanuel Macron konstruktiv aufgreifen
60 werden.

61 **4. Soziale Sicherheit schaffen, Ungleichheit abbauen**

62 Wir wollen die soziale Ungleichheit in Deutschland verringern. Die Menschen bekommen immer
63 weniger Unterstützung vom Staat. Viele soziale Leistungen sind gekürzt worden. Das Geld zum
64 Leben wird weniger. Das gleiche gilt für die Rente. In vielen Städten werden die Mieten für
65 Wohnungen immer teurer. Gleichzeitig werden die Reichen immer reicher: Zeit für
66 Steuergerechtigkeit. Dabei müssen geringe Einkommen und die breite (Facharbeiter-)
67 Mittelschicht auf der „Haben“-Seite bleiben, d.h. entlastet werden. Der Progressionsbauch
68 (schleichende Steuererhöhung) der letzten Jahrzehnte wird auf ein vernünftiges Maß
69 zurückgestutzt. Zur Finanzierung werden z.B. große Vermögen, große Erbschaften und sehr
70 hohe
71 Einkommen angemessen besteuert. Dass etliche große, reiche Firmen mit internationalen
72 Verflechtungen wenig oder gar keine Steuern zahlen, werden wir ebenfalls angehen. Mit uns
73 werden die Menschen, die darauf angewiesen sind, besser sozial abgesichert. Wir schaffen
74 bezahlbaren Wohnraum und stärken die Rechte derer, die sich bisher kaum gegen ihre Armut
75 wehren können, vor allem wenn diese nicht selbstverschuldet ist. Die Hartz-IV-Sanktionen
76 werden wir zu den Akten legen, sie sind ineffektiv und bevormunden erwachsene Menschen in
77 unerträglichem Maß.

78 Insgesamt wollen wir die Absicherung bei Arbeitslosigkeit, Erwerbsminderung, im Alter sowie
79 bei Krankheit oder Pflegebedürftigkeit armutsfest und menschenwürdig gestalten, um den
80 Menschen Abstiegsängste zu nehmen und das Sozialsystem zu einem gerechten und

motivierenden

80 Teilhabesystem zu entwickeln.

81 Um das zu erreichen, bauen wir die sozialen Sicherungssysteme schrittweise zu einer
82 solidarischen Bürgerversicherung für alle um und stabilisieren das Rentenniveau. Wir beenden
83 die Zwei-Klassen-Medizin und beteiligen Arbeitgeber wieder paritätisch an den Kosten der
84 Krankenversicherung. Und wir verbessern die soziale Absicherung von Selbstständigen. Wir
85 gewährleisten das Recht auf Rückkehr in Vollzeit. Gleichwertige Arbeit muss endlich gleich
86 bezahlt werden. Dass vor allem Frauen im Alter arm sind, akzeptieren wir ebenso wenig wie
87 die unsichtbare Aufstiegsbarriere für qualifizierte Frauen. Quoten bleiben das wirksamste
88 Mittel, ob im DAX-Vorstand oder an den Spitzen von Verwaltungen.

89 **5. Atomausstieg vollenden, Atomwaffen weltweit abrüsten**

90 Auch wenn in Deutschland 2022 alle AKWs abgeschaltet werden, bleibt bis zum Atomausstieg
91 auch hier viel zu tun. Die beiden Typ-Fukushima-Reaktoren in Gundremmingen müssen vorzeitig

92 vom Netz, die Terrorgefahr muss für alle Atomanlagen ernst genommen und in wirkungsvolle
93 Sicherheitsmaßnahmen umgesetzt werden. Die Produktion des Rohstoffs für Dutzende anderer
94 Länder, die damit im „Worst Case“ auch Zugang zu Atomwaffen haben, in Lingen und Gronau
95 werden wir schnellstmöglich beenden.

96 Wir werden dafür eintreten, dass vollkommene atomare Abrüstung Wirklichkeit wird. Eine
97 Bundesregierung mit grüner Beteiligung wird sich für den UN-Resolutionsentwurf zum Verbot
98 von Atomwaffen einsetzen. Die letzten Atomwaffen in Büchel werden wir umgehend abgeben
und

99 damit auch die völkerrechtswidrige „Nukleare Teilhabe“ beenden. Den aufkeimenden
100 Diskussionen um eine europäische Atommacht erteilen wir kompromisslos eine vollständige
101 Absage.

102 **6. Integration zum Erfolg führen**

103 Wir stehen für eine humane Flüchtlingspolitik ein, gemeinsam mit den europäischen Partnern.
104 Mit uns gibt weder eine Grundgesetzänderung für eine Obergrenze beim Asylrecht noch
105 Asylrechtsverschärfungen und Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete. Wir lehnen das
106 Konzept der sog. sicheren Herkunftsstaaten ab, weil für uns das Schicksal des einzelnen
107 Menschen im Mittelpunkt steht. Anerkannte Flüchtlinge dürfen ihre Familien nachholen, denn
108 auch das hilft ihnen, sich zu integrieren.

109 Deutschland ist heute schon faktisch eine Einwanderungsgesellschaft. Das ist auch nötig, um
110 unser Sozialsystem dauerhaft zu stabilisieren und wirtschaftlich nicht abgehängt zu werden.
111 Dabei ist selbstverständlich, dass Flüchtlinge und Einwander*innen, unsere neuen
112 Mitbürger*innen, unsere Werte anerkennen und respektieren. Wir reformieren das
113 Staatsbürgerschaftsrecht: Wer in Deutschland geboren wird, ist deutscher Staatsbürger. Wir
114 stehen uneingeschränkt zum Doppelpass.

115 **7. Familien stärken, Liebende heiraten lassen**

116 Wir wollen faire Chancen für alle. Wir investieren zusätzlich in gute Bildung, in bessere
117 Kita-Qualität und schaffen intakte und gut ausgestattete Schulen. Wir beseitigen die
118 Kinderarmut, verbessern die Familienförderung und machen sie mit 12 Milliarden Euro

119 zusätzlich durch das Familienbudget gerechter. Insbesondere Frauen machen wir es so
 120 einfacher, Familie und Beruf besser zu vereinbaren.

121 Wir wollen die Ehe-für-alle auch in Deutschland ermöglichen. Wenn zwei Menschen sich lieben
 122 und füreinander Verantwortung übernehmen wollen, darf es rechtlich nicht behindert werden.
 123 Das sehen in Deutschland die meisten Menschen so: Sie wollen, dass Schwule und Lesben
 124 heiraten dürfen. In 22 Ländern weltweit, davon 13 in Europa, können sich Schwule und Lesben
 125 das Ja-Wort geben. Das Eheverbot für Schwule und Lesben passt nicht zu unserem modernen
 Land
 126 Deutschland.

127 **8. Mobilität neu definieren - ÖPNV stärken, E-Mobilität zum Durchbruch verhelfen**

128 Der Verkehr ist – nicht nur bezogen auf Klimaabgase – eines der größten Zukunftsprobleme.
 129 Auch dieses Problem muss schnell und aktiv gelöst werden: Viele Fahrten lassen sich
 130 vermeiden, andere auf öffentliche nutzerfreundliche Verkehrsmittel und Massentransporte wie
 131 Güterzüge umlenken. Autos – wo noch nötig – lassen sich gemeinsam und mehrfach nutzen
 132 (Fahrgemeinschaften, Carpools, Car-Sharing etc.). Wo der Verkehr noch bleibt, ist er in
 133 Zukunft erneuerbar, effizient und digital. Die Entwicklung des „sauberen Autos“ hat
 134 Deutschland verschlafen, hier haben wir einen großen Nachholbedarf, auch gerade in Richtung
 135 universell nutzbarer Lademöglichkeiten und Bezahlssysteme für Elektroautos. Wir setzen den
 136 parteiübergreifenden Bundesratsbeschluss vom September 2016 um, ab 2030 nur noch
 137 emissionsfreie Autos neu zuzulassen. Bis dahin integrieren wir für Neuwagen ein CO2-
 138 abhängiges Bonus-Malus-System in die KFZ-Steuer mit jährlichem Anstieg für die
 139 umweltschädlichen Fahrzeuge. Wir beenden die Subventionen wie das Dienstwagenprivileg. Die
 140 Einführung der pauschal jeden treffenden PKW-Maut lehnen wir ab. Bei der Benzinststeuer kippen
 141 wir den nicht mehr zeitgemäßen Bonus für Diesel. Der Mehrertrag wird in die Subventionierung
 142 von Strom an Ladestationen investiert. Damit wird die Klima- und Atemluftbelastung gerechter
 143 nach gefahrenen Kilometern bezahlt und nicht pauschal.

144 **9. Gefahren vorbeugen, Sicherheit stärken, Freiheit bewahren**

145 Wer frei leben will, muss sich sicher fühlen können. Terrorismus, auch mit islamistischem
 146 Hintergrund, ist eine der wesentlichen Bedrohungen unserer Zeit. Rechtsextreme Gewalt konnte
 147 sich in unserem Land viel zu lange ohne effektive Gegenwehr ausbreiten, auch weil sie zu oft
 148 von einer schweigenden Mehrheit geduldet und verharmlost wurde. Frauen können sich in der
 149 Öffentlichkeit nicht überall und immer sicher fühlen. Geflüchtete, Homo- und Transsexuelle,
 150 sogar Obdachlose werden bedroht oder angegriffen. Wir stehen für eine effektive
 151 Sicherheitspolitik, die Bedrohungen ernst nimmt, aber mit Augenmaß und unter Wahrung der
 152 Bürgerrechte reagiert. Wir sorgen dafür, dass die Polizei zur Erfüllung ihrer wachsenden
 153 Aufgaben gut ausgestattet ist, um effektiv schützen zu können. Wir stärken die
 154 grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden. Aber wir setzen uns auch
 155 weiterhin verstärkt ein gegen Überwachungen mit pauschalen Verdächtigungen und
 massenhaftem
 156 Ausspähen aller Bürger*innen. Gezielte Einsätze von Videokameras im vielfrequenzierten
 157 öffentlichem Raum mögen sinnvoll und unterstützenswert sein, aber das grundlose Schleifen
 158 der Datenschutzrechte lehnen wir ab. Wir stärken das Prinzip der Prävention als integraler
 159 Bestandteil der inneren Sicherheit. Dazu gehört auch, das Waffenrecht zu verschärfen. Ebenso

160 werden wir unser Augenmerk verstärkt auf die organisierte Kriminalität wie beim Schmuggel,
161 beim Menschenhandel und bei dem Betrug mit gefälschten Medikamenten richten.

162 **10. Landwirtschaft nachhaltig machen - den Naturschutz stärken**

163 Immer mehr Menschen wünschen sich eine Landwirtschaft, die unser Grundwasser und unsere
164 Böden schützt, die den Reichtum unserer Tier- und Pflanzenwelt erhält, anstatt Bienen- und
165 Vogelsterben zu verursachen. Mit uns wird Deutschland auf eine nachhaltige Landwirtschaft
166 umsteigen – ohne Ackergifte, Gentechnik und Hormon-Massenverabreichung. Die Verbreitung
der

167 tödlichen Krankenhauskeime hat auch hier eine ihrer Ursachen. Wir wollen alle Subventionen
168 und Ausnahmen für die Massentierhaltung streichen. Stattdessen setzen wir uns ein für ein
169 neues Tierschutzrecht, um die industrielle Massentierhaltung über die nächsten zwanzig Jahre
170 durch artgerechte Tierhaltung zu ersetzen. Wir helfen mit europäischen Steuermilliarden den
171 Bäuerinnen und Bauern, die Umweltschutz, Tierwohl und Nachhaltigkeit zu ihrer Maxime beim
172 Wirtschaften machen.

173 **Unser verbindliches Angebot**

174 Diese Vorhaben beschreiben nicht alle unsere Anliegen – aber unsere wichtigsten. Ihre
175 Durchsetzbarkeit ist der Maßstab für eine mögliche Regierungsbeteiligung. Damit wissen Sie,
176 liebe Bürgerinnen und Bürger, was unsere gemeinsame Aufgabe sein wird, die auch Sie
177 mitgestalten können – und was nicht – wenn Sie die Grünen wählen.

178 Es ist unerlässlich, den Stillstand und die Unentschlossenheit der sichtlich von
179 Partikularinteressen gesteuerten Großen Koalition abzulösen. Deshalb sind wir bereit, nach
180 der Wahl mit allen Parteien außer der AfD zu prüfen, ob wir die wesentlichen Kernpunkte
181 unserer Vorhaben umsetzen können. Mitregieren können und werden wir, wenn das
Wahlergebnis

182 es ermöglicht, wenn die Richtung stimmt und wir unsere Kernvorhaben umsetzen können. Das
183 entspricht unserem Verständnis von Demokratie und Verantwortung. Je stärker die Grünen im
184 nächsten Deutschen Bundestag und in einer Bundesregierung sind, umso mehr Gewicht werden
wir

185 haben, um diese Ziele durchzusetzen. Wenn die Gemeinsamkeiten nicht reichen, dann geht es
186 nicht. Sollte es erfolgreiche Koalitionsverhandlungen geben, werden wir das Ergebnis unseren
187 Mitgliedern in einer ergebnisoffenen Urabstimmung zur Prüfung vorlegen. Falls eine
188 erkennbare Mehrheit unserer Ziele erreicht und uns keiner unserer feststehenden Grundsätze
189 verweigert wird, werden die Grünen einer Regierungsbeteiligung zustimmen.

190 Was wir anstreben, ist eine zeitgemäße, ökologische, eine vielfältige und gerechte
191 lebenswerte, dem Frieden und den Menschenrechten verpflichtete Gesellschaft.

192 Die Bundesversammlung (BDK), das oberste Organ von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Begründung

Begründung der Dringlichkeit:

Ergibt sich aus der Einreichung und Anerkennung der Dringlichkeit des S-01

Begründung:

Der 10-Punkte-Plan macht Sinn, wenn die wichtigsten programmatischen Forderungen der grünen Beschlusslage dargelegt werden. Die bisher formulierten 10 Punkte sind ein Minimalkonsens und anschlussfähig nach allen Seiten, enthalten jedoch nicht den Kern der grünen Beschlusslage. Wenn die BDK die 10 wichtigsten Punkte verabschieden und eine Öffentlichkeitswirkung davon ausgehen soll, müssen diese klare Kante und Botschaften für den Wahlkampf enthalten.

Das Grundprinzip unserer Partei lautet: „die Basis ist Boss“ und diese entscheidet auf der BDK. Auch um für eine gute Klimapolitik zu kämpfen und das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Abkommens einzuhalten, brauchen wir klare Beschlüsse. Bei der Verkehrspolitik wird nicht mehr einseitig auf den Individualverkehr und E-Autos gesetzt, stattdessen nehmen wir die Verkehrswende in den Blick. Der Atomausstieg ist ein Grünes Ur-Thema, sein Fehlen wird – gerade in der aktuellen Entwicklung – von den Wähler*innen nicht verstanden und noch weniger akzeptiert werden.

Unterstützer*innen

Barbara Hanning (Hagen KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Kerstin Dehne (München KV); Patrick Voyé (Marburg-Biedenkopf KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Matthias Grünberg (Würzburg-Stadt KV); Thorsten Duhn (Oldenburg-Stadt KV); Barbara Romanowski (Oberberg KV); Lorenz Paul Burghardt (Kiel KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Reinhard Prüllage (Grafschaft Bentheim KV); Robin Luge (Harz KV); Sylvia Olbrich (Mark KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Wolfgang Ehle (Kassel-Land KV); Matthias Restorff (Schwarzwald-Baar KV); Karl-Josef Aicher (Bodenseekreis KV); Burkhard Kalle (Soest KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Roman Kittel (Nürnberg-Stadt KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Regina Klünder (Kiel KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Carlos Echegoyen (Bonn KV); Sigrid Pomaska-Brand (Hagen KV); Michah Weissinger (Gelsenkirchen KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Sebastian Krieg (Wartburgkreis/Stadt Eisenach RV); Reinhard Loos (Erfurt KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Andreas Müller (Essen KV); Denis Wermuth (Neckar-Bergstraße KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Herbert Bohr (Wiesbaden KV); Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Joachim Behncke (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Nabiha Ghanem (Soest KV); Claus-Jürgen Dietrich (Anhalt-Bitterfeld KV); Jürgen Radtke (München-Land KV); Stephanie Otto (Bad Kreuznach KV); Ingrid Bäumler (Mayen-Koblenz KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Claudia Laux (Bernkastel-Wittlich KV)